

Saarbrücken, den 15. Mai 2020

## PRESSEMITTEILUNG

### **Aktuelle Steuerschätzung bestätigt Befürchtungen des Saarländischen Städte- und Gemeindetages**

Die jetzt vorgelegten Zahlen der aktuellen Steuerschätzung aus dem Mai 2020 bestätigen nach der Auffassung des Präsidenten des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Bürgermeister Hermann Josef Schmidt, Tholey sowie des stellvertretenden Präsidenten, Oberbürgermeister Jörg Aumann, Neunkirchen die Befürchtungen der Städte und Gemeinden hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise.

Nach den Angaben des Finanzministers müssen die saarländischen Kommunen im Jahr 2020 von Steuermindereinnahmen in Höhe von 165 Mio. Euro und im Jahr 2021 in Höhe von ca. 90 Mio. Euro im Vergleich zur Novemberschätzung 2019 ausgehen.

„Die saarländischen Städte und Gemeinden erleiden in diesem Jahr aufgrund der Corona-Pandemie einen finanziellen Einbruch in einem bisher noch nicht gekannten Ausmaß. Neben den Einnahmeausfällen bei den Steuern rechnen wir auch mit erheblichen Ausgabensteigerungen insbesondere bei den Sozialkosten, die sich bei den Kreisumlagen bemerkbar machen werden. Es ist zu befürchten, dass den Kommunen am Ende des Jahres weit über 200 Millionen Euro fehlen werden. Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierung daher erneut auf, einen „Kommunalen Schutzschirm“ über die Saar-Kommunen zu spannen, um die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden zu erhalten und die Investitionskraft zu stärken“, so Schmidt und Aumann.

Der SSGT hatte erstmals Anfang April die Forderung nach einem „Kommunalen Schutzschirm“, der u.a. ein finanzielles Unterstützungsprogramm des Landes für die Kommunen in Höhe eines jährlichen dreistelligen Millionenbetrages von mindestens 100 Mio. Euro für die nächsten Jahre enthalten sollte, erhoben. Nach Auffassung von Schmidt und Aumann zeigen die aktuellen Zahlen der Steuerschätzung, dass die kommunale Seite deutlich mehr finanzielle Hilfen als diese 100 Mio. Euro benötigen werden. Sie weisen dabei ausdrücklich darauf hin, dass die Kommunen selbst alles ihnen Mögliche veranlassen werden, um den Folgen der Corona-Krise zu begegnen, dies allein aber nicht reichen wird.

Darüber hinaus habe sich in der derzeitigen Krise gezeigt, wie wichtig die Kommunen für die Gesellschaft sind, wie die Vertreter der Städte und Gemeinden weiter ausführen. „Die Bürgerinnen und Bürger brauchen starke Kommunen, die die kommunale Daseinsfürsorge sichern und eine leistungsfähige Infrastruktur, wie beispielsweise Schulen, Kita, Ver- und Entsorgungsleistungen oder den ÖPNV, weiterhin sichern und aufrechterhalten. Wir brauchen auch in Zukunft funktionstüchtige Kommunen.“

Bürgermeister Schmidt und Oberbürgermeister Aumann richten erneut die Bitte an die Bundesregierung und an die Landesregierung, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung den Städten und Gemeinden in dieser Krise zu helfen.